Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 86 (1995)

Heft: 16

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

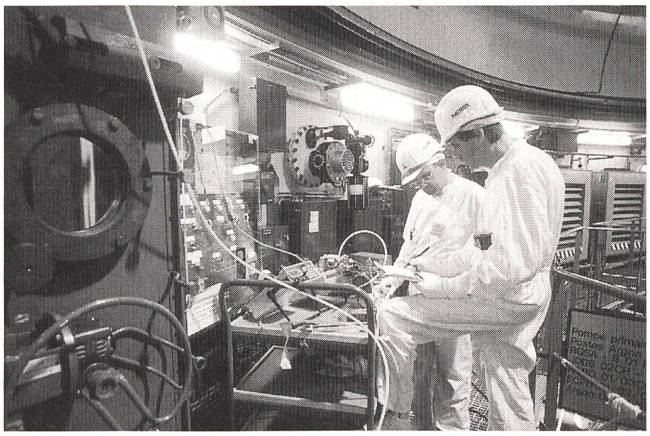
Kontroverse Konferenz um Superphénix

(bew/Mü) Das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) organisierte am 31. Mai in Zürich einen Meinungsaustausch über eventuelle Gefahren, die vom Schnellen Brüter Superphénix in Creys-Malville (F) ausgehen könnten. Der Konferenz gingen heftige orchestrierte Pressekampagnen und Vorwürfe seitens der Superphénix-Gegner voraus. Die Konferenz, die von rund 250 Teilnehmern besucht wurde, hätte sowohl wissenschaftlich/technisch wie auch kontradiktorisch sein sollen. Die zahlreichen Fachvorträge waren dennoch meist politisch gefärbt.

Schwieriger Auftrag

Bei der Konferenz handelte es sich um die Erfüllung eines Auftrags, den das BEW in der Form eines Postulats von der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrats erhalten hat. Um den Auftrag zu erfüllen, wurden die folgenden Themen ausgewählt: Vor- und Nachteile der Schnellen Brüter weltweit gesehen, die Sicherheit von Superphénix, die Bewilligungsverfahren und die ethische Dimension des nuklearen Risikos.

Superphénix-Konferenz in Zürich.



Untersuchungen im Reaktorgebäude des Superphénix.

Zu jedem Thema lösten sich Befürworter und Gegner der Anlage am Rednerpult ab. Einzig die französischen und die schweizerischen Sicherheitsbehörden legten ihre Evaluationskriterien ohne Gegenpartei dar, da es sich um neutrale Organisationen handelt, die für die Sicherheit der Kernanlagen verantwortlich sind.

In der Form eines Rundtafelgesprächs wurde der Dialog mit dem Publikum aufgenommen. Am Tisch haben drei Gegner, drei Befürworter und ein unparteiischer Philosoph in das Gespräch eingeführt. Zwei Vertreter der Sicherheitsbehörden waren anwesend, um auf Fragen zu antworten, die sie betreffen.

In Anbetracht der komplexen und kontroversen Umstände ist es dem BEW durchaus gelungen, den gegebenen Auftrag zu erfüllen. Auch die Superphénix-Gegnerschaft hatte, trotz vorgängiger Kritik, ebenbürtige Chancen, ihren Standpunkt darzulegen.

Gegner: Chancen schlecht genutzt

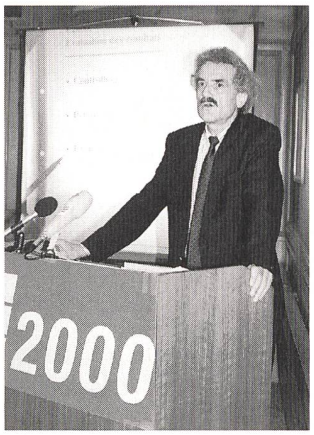
Einig waren sich die beiden Parteien nur in einem: Plutonium ist ein problematischer Stoff. Während von seiten der Kernkraftwerk-Befürworter der schnelle Brüter eine willkommene und nützliche Gelegenheit bietet, um diesen Stoff loszuwerden, sieht die Gegnerschaft nur Nachteile bei der grossen Komplexität der Plutoniumtechnologie. Die Superphénix-Gegner nutzten ihre Vortragszeiten zum Teil schlecht aus, kritisierten weiter den Zulassungsmodus für Referenten oder waren abwesend. So bot zum Beispiel der bekannte KKW-Gegner Prof. Jochen Benecke einen chaotischen und unverständlichen Vortrag gegen die Sicherheit der Schnellen Brüter. Er beschäftigte sich über lange Zeitabschnitte mit der richtigen Reihenfolge seiner handgeschriebenen «Fresszettel», die er dem Publikum auch noch über den Hellraumprojektor präsentierte. Seine Vorbereitung liess Zweifel aufkommen ob der Seriosität seiner Studien.

Die kontroverse Auseinandersetzung folgte nach dem alten Schema der Kernenergiediskussionen: Derweil Behörden und Kraftwerkbetreiber versuchten, mit fundierten und detaillierten Unterlagen die Zusammenhänge zu erklären, schossen die Gegner mit populären Schlagworten (Superphénix: «totales Fiasko» und «machine à Tinguely»), die dann ihrerseits wieder nur mit längeren Erklärungen zu relativieren gewesen wären.

Wechsel in der BEW-Direktion

(efch) Der Bundesrat hat auf den 1. September 1995 Dr. Hans-Luzius Schmid zum Stellvertretenden Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft gewählt. Schmid behält die Leitung der Abteilung Energiewirtschaft sowie des Aktionsprogrammes «Energie 2000». Der bisherige Stellvertretende Direktor, Prof. Alec Jean Baer, tritt auf Ende August 1995 in den Ruhestand.

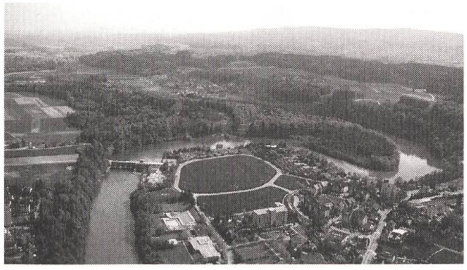
Auf den 1. Juli 1995 hat der Bundesrat Dr. Serge Prêtre zum Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) gewählt. Er tritt die Nachfolge von Roland Naegelin an, der nach fast 15jähriger Amtstätigkeit Ende Juni 1995 vom flexiblen Altersrücktritt Gebrauch macht. Der Bundesrat hat Direktor Naegelin auf 1. Juli 1995 zum Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen gewählt.



Hans-Luzius Schmid leitet weiterhin «Energie 2000».

CO_2-Abgabe in der EU freiwillig

(d) Die Europäische Kommission hat am 10. Mai ihren ursprünglichen Entwurf zur Einführung einer Energiesteuer und einer CO_2-Abgabe abgeändert. Bis zum Jahr 2000 soll die Steuer fakultativ sein. Die EU-Mitgliedstaaten können die Höhe der Abgaben vorläufig selber bestimmen.



Schweizer Strom: weitgehend frei von CO_2.

CO_2-Abgabe in der Schweiz nur noch grundsätzlich

(d) Nur noch im Grundsatz hält der Bundesrat an einer CO_2-Abgabe fest. Falls die Kohlendioxid-Belastung mit anderen Massnahmen reduziert werden kann, soll auf die Lenkungsabgabe verzichtet werden. Das Departement des Innern (EDI) soll bis Mitte 1996 ein umfassendes Gesetz mit Reduktionszielen vorlegen.

Die CO_2-Abgabe solle besser in den Gesamtzusammenhang von Zielen und Instrumenten der Klima- und Energiepolitik integriert werden, beschloss die Landesregierung am 31. Mai nach Kenntnisnahme der Vernehmlassungsantworten. Das neue Gesetz soll deshalb auch Ziele und Fristen für die Reduktion des die Erdatmosphäre aufheizenden Treibhausgases festlegen.

Dabei ist eine Aufteilung nach verschiedenen Verbrauchssektoren möglich (beispielsweise Wirtschaft, Verkehr, private Haushalte). Das nun beschlossene Vorgehen, betonte Umweltministerin Ruth Dreifuss vor der Bundeshauspresse, stehe im Einklang mit der Klimakonferenz von Berlin. Auf internationaler Ebene sollen danach CO_2-Reduktionsziele für die Jahre 2005, 2010 und 2020 ausgehandelt werden.

Vernehmlassung über die «Stauanlagen-Verordnung» eröffnet

(efch) Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hat das Vernehmlassungsverfahren über die «Verordnung über die Sicherheit der Stauanlagen» eröffnet.

Der Erlass soll an die Stelle der Talsperrenverordnung aus dem Jahre 1957 treten. Er stellt eine formelle Totalrevision des bisherigen Rechts dar und führt inhaltlich folgende wesentlichen Neuerungen herbei: Die Aufsicht wird auf kleinere Anlagen (Wehre, Weiher und Bekken) ausgedehnt und insoweit den Kantonen übertragen. Dabei wird die von der Anlage ausgehende Gefährdung als Kriterium für die Unterstellung unter die Aufsichtspflicht herangezogen. Der Bund wird daneben weiterhin die grossen Talsperren überwachen. Die Vernehmlassung dauert bis Ende Juli 1995.

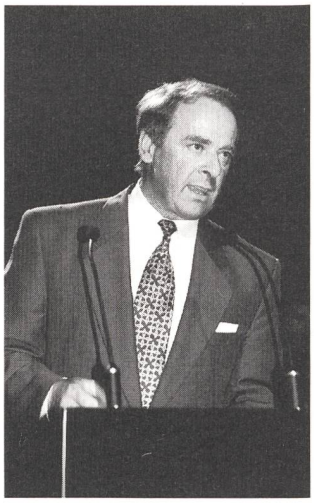
Energieeffizienz: Chance für den Arbeitsplatz Schweiz

(ravel) Über 450 Ingenieure aus Industrie und Bauwirtschaft holten sich am 1. Juni in Bern neue Impulse, wie sie «Mit Energieeffizienz zu vollen Auftragsbüchern» kommen können.

Über 500 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze in Westeuropa erwartet Dr. Eberhard Jochem, Wissenschafter am Institut für Systemtechnik, Karlsruhe, in den nächsten 10 bis 15 Jahren, wenn die rationelle Energieverwendung konsequent gefördert wird. Auch in der Schweiz besteht die Chance, die rationelle Energieverwendung zu fördern und damit einige 10 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Fachleute des Impulsprogramms Ravel sehen Chancen für Stromkosteneinsparungen in Milliardenhöhe. Sie nennen mangelndes Bewusstsein über die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen, grosse Kompetenzunterschiede unter den Planungsbüros, ungenügende Qualitätssicherung in der Investitionsphase und schlechte Bedienbarkeit vieler Anlagen als Hauptgründe für die ungenügende Effizienz eines bedeutenden Teils strombetriebener Systeme. Die von Ravel geschaffene Transparenz, wie Strom wirtschaftlich rationell verwendet werden kann, soll nach Prof. Hotz-Hart, verantwortlich für Technologiepolitik beim Bundesamt für Konjunkturfragen, über eine Wettbewerbsverschärfung zu massiven Energie-Effizienzverbesserungen in der Schweiz führen.

«Energie 2000»: Mehr Weitblick und mehr Investitionen!

(eved) Anlässlich der fünften Sitzung der Begleitgruppe des Aktionsprogramms «Energie 2000» forderte der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED), Bundesrat Adolf Ogi, von der Wirtschaft mehr unternehmerischen Weitblick und mehr Investitionen in die Zukunft. Er appellierte für ein verstärktes Engagement sowie ein schlankes, aber wirksames Energiegesetz und eine CO_2-Abgabe



Bundesrat Adolf Ogi: «verstärktes Engagement».

zur Erreichung der langfristigen Ziele des Programms.

Bundesrat Ogi ist überzeugt, dass zur Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung im nächsten Jahrhundert sowohl mehr Privatinitiative als auch wirksamere staatliche Rahmenbedingungen notwendig sind. Dies zeigten die bisherigen Erfahrungen mit dem Aktionsprogramm «Energie 2000», aber auch die langfristigen Energieperspektiven der Schweiz und der Internationalen Energieagentur (IEA). In die gleiche Richtung weisen die kürzlich veröffentlichte Überprüfung der Schweizerischen Energiepolitik durch die IEA, die Berliner Klimakonferenz vom vergangenen April und die IEA-Ministertagung im Mai in Paris. Die Schweiz befinde sich mit «Energie 2000» auf dem richtigen Kurs. Dieser müsse unbedingt auch nach dem Jahre 2000 weiter verfolgt werden.

Ja zum Energiegesetz in Zürich

(sx) Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben am 25. Juni die Revisionsvorlage zum Energiegesetz mit einer Mehrheit von 52,8% angenommen. Somit wird es in Zürich möglich, die im Energienutzungsbeschluss des Bundes vorgeschriebenen und zum Teil umstrittenen Massnahmen zu realisieren, wenn auch mit zeitlicher Erstreckung.